In die Verantwortung gezwungen
Die Rückführung von Giftmüll und der deutsche Müllkolonialismus in der Türkei

Jonas Stuck

Abstract
This article reconstructs the history of an illegal hazardous waste export from the West German state of Baden-Württemberg to Turkey that lead to discussions about West Germany's waste colonialism and the movement of waste along global patterns of inequality. Since the 1980s, the disposal of waste, hazardous waste in particular, has become increasingly difficult. The illegal export of waste to Turkey in 1988 lead to protests in both the receiving and the sending country. The environmental awareness of the public as well as the work of politicians and journalists laid the foundations of one of the first return-to-sender campaigns, which wanted to bring back the exported waste to the place of origin. This goal was achieved at the end of July 1988, making it one of the first successful campaigns that brought West German environmental burdens back under its own responsibility and confronted politicians with concrete problems of a faulty waste disposal system. The return of waste is also part of larger global debates from the late 1980s and early 1990s about the Basel Convention, which wanted to ban the trans-boundary movement of hazardous waste.

Keywords *Environmental Turn, Hazardous Waste, Return to Sender, Waste Colonialism, Waste Trade*

Als Andreas Bernstorff wenige Tage vor Weihnachten im Jahr 1987 in seinem Wohnhaus in Heidelberg auf seinen Nachbarn traf, wusste er noch nicht, dass diese Begegnung seine politische und berufliche Ausrichtung nachhaltig beeinflussen würde.[1] Bernstorff saß seit 1984 für die Partei Die Grünen im Stuttgarter Landesparlament und hatte sich seither als Interessenvertreter der westdeutschen Umweltbewegung auf parlamentarischer Ebene einen Namen gemacht. Als selbsternannter »Provinzpolitiker«[2] trat er politisch erfolgreich gegen den Bau und Betrieb von Müllverbrennungsanlagen

1 Ich danke Andreas Bernstorff für seinen Besuch am Rachel Carson Center und seine Gesprächsbereitschaft, ohne die dieser Artikel nicht in dieser Form möglich gewesen wäre. Da Andreas Graf von Bernstorff in seinen Publikationen selbst meist auf die Verwendung seines Adelsprädikats verzichtet, wird auch in dieser Publikation von einer Verwendung abgesehen. Ich danke außerdem dem Team der DFG-Forschungsgruppe »Hazardous Travels«: Maximilian Feichtner, Ayushi Dhawan und Simone M. Müller.

2 Jonas Stuck, Interview mit Andreas Bernstorff, 15.2.2019, S. 1, https://www.environmentandsociety.org/sites/default/files/downloads/ve_hazardouswaste_06_interview_bernstorff_0.pdf (letzter Zugriff 19.5.2021).

in Baden-Württemberg auf. Spätestens der Chemieindustrieunfall im italienischen Seveso vom 10. Juli 1976 hatte bei der deutschen Bevölkerung ein Bewusstsein für die Gefahren chemischer Großanlagen geschaffen und verankerte sie im kollektiven Gedächtnis.[3] Das bei dem Unglück entwichene »Supergift«[4] Dioxin entstand auch bei der Verbrennung von Sonder- und Hausmüll in den damaligen westdeutschen Müllverbrennungsanlagen.[5] Deshalb wurden diese Anlagen zunehmend in der westdeutschen Presse und in der Umweltbewegung als »Giftschleudern« verurteilt.[6] Der Eintrag an Dioxin-Emissionen durch Müllverbrennung betrug 1990 ca. ein Drittel der gesamten deutschen Dioxin-Luftemissionen.[7] Nach Angaben von Bernstorff wollte die westdeutsche Bevölkerung nicht mit den Abfallprodukten ihrer hochindustriellen Gesellschaft konfrontiert werden und war froh um die Anti-Müllverbrennungspolitik der Grünen.[8] Doch als er am 22. Dezember 1987 von seinem Nachbarn gefragt wurde, ob er denn überhaupt wisse, wohin der ganze Müll nun gehe, wenn er nicht mehr in Baden-Württemberg verbrannt werde, musste er passen. Sein Nachbar konfrontierte Bernstorff mit den Folgen einer Politik, welche in den 1980er Jahren das Entstehen von Umweltschäden in der direkten Umgebung nach dem Motto *Not in My Backyard* verhindern wollte. Dies führte jedoch dazu, dass regionale Infrastrukturprojekte verhindert wurden, ohne ein Bewusstsein dafür zu schaffen, dass der Müll nun anderswo entsorgt werden musste.[9] Die gezielte Nachfrage seines Nachbarn überraschte ihn nicht nur, sondern gab auch den entscheidenden Anstoß, die globalen Handelsnetze des deutschen Mülls zu verfolgen und den Konsequenzen deutscher Müllpolitik nachzugehen.[10]

Wie in mehreren anderen Industrienationen entstand auch in Westdeutschland in den 1980er Jahren eine schwierige Müllentsorgungslage, welche zunehmend über den Export von Müll gelöst wurde. Lokale Proteste machten die Standortsuche für Verbrennungsanlagen zudem schwieriger. Besonders die »dreckigen« Sondermüll-

---

3 Claas Kirchhelle, Erinnerungsort »Seveso ist überall«, 2012, https://www.umweltunderinnerung.de/index.php/kapitelseiten/verschmutzte-natur/50-seveso-ist-ueberall (letzter Zugriff 3.11.2020); Egmont R. Koch/Fritz Vahrenholt, Seveso ist überall. Die tödlichen Risiken der Chemie, Köln 1978; Frank Zelko, Greenpeace. Von der Hippiebewegung zum Ökokonzern, Göttingen 2014, S. 284.

4 Hans-Dieter Degler/Dieter Uentzelmann (Hg.), Supergift Dioxin. Der unheimliche Killer, Hamburg 1984.

5 »Auffallend, die Parallele mit Seveso.« Dioxin (II): Von der chemischen Waffe zum Symbol für Umweltzerstörung, Der Spiegel, Nr. 25, 18.6.1984, S. 64-75, hier S. 65.

6 Tim Schauenberg, Müllverbrennung in Deutschland. Entsorgung mit Risiken?, Deutsche Welle, 28.10.2019, https://p.dw.com/p/3QyrL (letzter Zugriff 3.11.2020).

7 Die Dioxin-Emissionen in der Müllverbrennung konnten durch neue Technologien vier Jahre später von 400 Gramm je Toxizitäts-Einheit (g/TE) auf 32 g/TE gesenkt werden, was nur noch einem Zehntel der gesamten Dioxin-Emissionen entsprach. Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Müllverbrennung – ein Gefahrenherd? Abschied von der Dioxinschleuder, Berlin 2005, S. 3, https://www.zvaws.de/infos/muellverbrennung_dioxin.pdf (letzter Zugriff 29.10.2020).

8 Stuck, Interview, S. 1.

9 Carol Hager, Introduction. A New Look at NIMBY, in: Carol Hager/Mary Alice Haddad (Hg.), Nimby is Beautiful. Cases of Local Activism and Environmental Innovation around the World, New York 2015, S. 1-14, hier S. 3.

10 Stuck, Interview, S. 1f.

verbrennungsanlagen standen im Kreuzfeuer der Kritik von Umweltaktivist*innen.[11] Gleichzeitig stieg die Produktion von Sondermüll stark an, was die Preise für die Entsorgung in Westdeutschland zusätzlich erhöhte. Die verstopften Entsorgungswege führten zu einer »Müll-Lawine«[12]. Einen scheinbar einfachen Ausweg bot der Export ungewollter Altlasten in andere Länder. So exportierte Baden-Württemberg 1989 u.a. 434.000 Tonnen verunreinigten Boden und Sondermüll, wovon etwa die Hälfte in die DDR geschafft wurde.[13]

In diesem Beitrag werden die Konsequenzen bundesrepublikanischer Entsorgungspolitik der 1980er Jahre nachgezeichnet und anhand eines Falles von Müllexport aus Baden-Württemberg in die Türkei die Folgen von westdeutschem Müllkolonialismus aufgezeigt. Anhand der Untersuchung verschiedener westdeutscher und türkischer Tageszeitungen[14] wird die Zuspitzung des Problems nachverfolgt. Erstmalig ist der Autor im Sommer 2018 auf den Fall des illegalen Exports von Sondermüll in die Türkei und die Arbeit von Andreas Bernstorff durch Nachforschungen im *Archiv Grünes Gedächtnis* in Berlin gestoßen.[15] Recherchen im *Greenpeace International Archive* Amsterdam im Jahr 2019 sowie Interviews und ein Treffen mit Bernstorff haben diesen Beitrag ergänzt.

1988 fanden türkische Journalisten heraus, dass fast 1.600 Tonnen mit Holzspänen versetzter Giftmüll aus Baden-Württemberg an eine türkische Zementfabrik in Isparta geliefert worden waren. Dies führte sowohl in der Türkei wie auch in der Bundesrepublik zu starken Protesten. In wenigen Monaten spitzte sich die Situation so zu, dass in westdeutschen und türkischen regionalen sowie nationalen Parlamenten eine Aufklärung des westdeutschen Müllhandels verlangt wurde. Die Proteste gipfelten schließlich in einer Rückholaktion des Mülls nach Deutschland. Somit war der Müll nicht einfach »aus den Augen, aus dem Sinn«, sondern kehrte zu seinem Absender zurück.

Die Rückholaktion des Sondermülls nach Deutschland war eine der ersten *Return-to-Sender*-Kampagnen überhaupt. Solche Kampagnen, die von Umweltorganisationen initiiert wurden, zielten darauf ab, den bereits exportierten Müll wieder in das Absenderland zurückzubringen. Beispielsweise wurden so 1988 circa 2000 Fässer Sondermüll von Nigeria nach Italien zurückgebracht.[16] Der internationale Druck gegen den Export von Sondermüll wuchs zunehmend und wurde in den Verhandlungen zur

---

11 Andreas Bernstorff, Ächtung! Die Weltgemeinschaft will Giftmüllexporte der Reichen verbieten, in: Die Friedens-Warte 69 (1994) 3-4, S. 38-65, hier S. 42.

12 Roman Köster, Müll-Lawine revisited. Die Abfallentsorgung in Westdeutschland 1945-1990, 16.5.2018, https://mediaserver.htwk-leipzig.de/videos/roman-koster-mull-lawine-revisited/ (letzter Zugriff 19.11.2020).

13 Andreas Bernstorff, Status Report, Federal Republic of Germany, 5.11.1989, Greenpeace International (Amsterdam) Archive (GP Int), 6003, Bl. 5.

14 Aufgrund nicht vorhandener Türkischkenntnisse ist es dem Autor nicht vollends gelungen, den Blick auf die lokalen Akteur*innen in der Türkei zu lenken. Berichte von türkischen Tageszeitungen wurden dankenswerterweise durch Sevgi Mutlu Sirakova übersetzt.

15 Mein Dank gilt den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des *Archiv Grünes Gedächtnis*, die meinen Forschungsaufenthalt im Sommer 2018 mit ihrer freundlichen Art unterstützt haben.

16 Claudio De Majo, Italy's Poison Ships. How an International Trade of Hazardous Waste Sparked a Grassroots Struggle for Environmental Justice, in: Environment & Society Portal, Arcadia 44 (2020), www.environmentandsociety.org/arcadia/italys-poison-ships-how-international-trade-hazardous-waste-sparked-grassroots-struggle (letzter Zugriff 6.6.2021).

Basler Konvention, die seit 1992 den Export von Sondermüll einschränken sollte, zum Ausdruck gebracht. Der damalige Umweltminister Klaus Töpfer musste daraufhin zwischen 1992 und 1994 tausende Tonnen Sondermüll, unter anderen aus Albanien, Rumänien und der Ukraine, zurückholen.[17] Unter der Kampagnenleitung von Andreas Bernstorff, der seine Arbeit bei den Grünen 1989 niederlegte und stattdessen bei Greenpeace anfing, wurde der westdeutsche Müllkolonialismus ein Teil der internationalen *Greenpeace-Global-Toxic-Trade-Campaign*, die seit 1988 auf die Folgen des westlichen Müllimperialismus und die Mechanismen des Verschiebens von Müll entlang einer globalen Ungleichheitsspirale aufmerksam machte.[18]

In der historischen Forschung erschienen in den letzten 30 Jahren vermehrt Arbeiten, die sich mit Fragen des globalen Sondermüllhandels auseinandersetzen. Diese Arbeiten fokussieren sich überwiegend auf die Vereinigten Staaten; eine historische Einordnung des Müllexports durch europäische Länder oder Westdeutschland gibt es bisher noch nicht.[19] Außerdem verbleiben die Analysen dieser Studien überwiegend auf der Makroebene. Somit gibt es immer noch wenige Untersuchungen zu konkreten Akteur*innen, Unternehmen oder Milieus, die im globalen Müllhandel eine Rolle gespielt oder die ihn verhindert haben, wie Simone M. Müller kritisch angemerkt hat.[20] Dagegen wird die Forschungslage zu nationalen Entsorgungssystemen vor allem von Hausmüll in west- und osteuropäischen Ländern immer dichter, jedoch blenden diese Studien das Verbringen von Müll über die nationalen Grenzen hinweg weitgehend aus.[21] Dies ist überraschend, da die europäischen Länder in den Debatten zum Giftmüllhandel der 1990er und 2000er Jahre ebenso im Fokus standen wie die Vereinigten Staaten.[22] Der vorliegende Artikel knüpft somit an internationale Forschung an, die zunehmend den Export von Müll und die dabei entstehenden Dynamiken unter dem Begriff des Müllkolonialismus untersucht.[23] Sie formuliert die These, dass es sich bei Umweltverschmutzungen oft um eine koloniale Beziehung zu Boden-Ressourcen handelt und weniger um die Umweltverschmutzung an sich, welche nur das Symptom jenes kolonialen Machtverhältnisses ist.[24] In diesem Machtverhältnis sichert der Zu-

---

17 Environmental Ministry Seeks Special Fund, in: International Environment Reporter, 1.12.1993, S. 901, GP Int, 6004.

18 Ann Leonard/Jim Valette, Greenpeace Waste Trade Update Newsletter, 1.8.1988, Archiv Grünes Gedächtnis (AGG), B.II.1., 999.

19 Jennifer Clapp, Toxic Exports. The Transfer of Hazardous Wastes from Rich to Poor Countries, Ithaca 2010; D. Kofi Asante-Duah/Imre V. Nagy, International Trade in Hazardous Waste, Abigdon 1998; Christoph Hilz, An Investigation of the International Toxic Waste Trade, New York 1992; Bill D. Moyers, Global Dumping Ground. The international Traffic in Hazardous Waste, Washington, DC 1990.

20 Simone M. Müller, Hidden Externalities. The Globalization of Hazardous Waste, in: Business History Reviews 93 (2019) 1, S. 51-74, hier S. 54.

21 Roman Köster, Hausmüll. Abfall und Gesellschaft in Westdeutschland 1945-1990, Göttingen 2017; Zsuzsa Gille, From the Cult of Waste to the Trash Heap of History. The Politics of Waste in Socialist and Postsocialist Hungary, Bloomington, IN 2007.

22 Zada Lipman, A Dirty Dilemma. The Hazardous Waste Trade, in: Harvard International Review 23 (2002) 4, S. 67-71.

23 Max Liboiron, Waste Colonialism, in: Discard Studies, 11.1.2018, https://discardstudies.com/2018/11/01/waste-colonialism/(letzter Zugriff 29.10.2020); Robert D. Bullard (Hg.), The Quest for Environmental Justice. Human Rights and the Politics of Pollution, San Francisco 2005.

24 Max Liboiron, Pollution is Colonialism, Durham, NC 2021, S. 6f.

gang zu Luft, Wasser und Boden, die als *ultimate sink*[25] dienen, den Profit in der Wertschöpfungskette. In der kolonialen Beziehung zwischen Sender und Empfänger findet ein *othering* statt, bei dem der Ort der Müllverbringung nicht einfach selektiert wird, sondern die dort lebende Gemeinschaft gleichzeitig als Outsider markiert wird.[26] Da schon seit den späten 1980er Jahren der Giftmüllexport von den Umweltbewegungen als Müllkolonialismus betitelt wurde, handelt es sich bei der Bezeichnung gleichzeitig um einen Quellenbegriff. In der vorliegenden Arbeit wird er aber als analytische Kategorie benutzt, um das koloniale Verhältnis zwischen Sondermüllentsorgungspraktiken und Umweltverschmutzungen und -ungerechtigkeiten zu beschreiben.

In den folgenden drei Abschnitten wird nachgezeichnet, wie der Müllexport in die Türkei zu einer Folge der westdeutschen Müllentsorgungskrise wurde. Seit Mitte der 1980er Jahre protestierten die Umweltbewegungen fortan vermehrt für einen gerechteren Umgang mit Müll und gegen seine Herauslösung aus dem nationalen Entsorgungssystem. Der Erfolg der hier beschriebenen *Return-to-Sender*-Kampagne deckte sich mit parallel stattfindenden Rückholaktionen in anderen europäischen Ländern, zum Beispiel Italien, und wurde zum Druckmittel beim Protest für eine internationale bindende Einschränkung des Müllhandels.[27] Der Giftmüll, der einst auf dem Hof vor einer Zementfabrik in der Westtürkei lagerte, wurde Ende 1988 wieder in die Bundesrepublik importiert. Unter den Augen Bernstorffs reisten die Fässer auf dem Neckar bis Heidelberg hinauf und wurden anschließend in einer baden-württembergischen Müllverbrennungsanlage verbrannt. Das war das Ende einer langen Reise und gleichzeitig eine der ersten erfolgreichen *Return-to-Sender*-Kampagnen, welche die deutschen Umweltlasten zurück in den eigenen Verantwortungsbereich holte und Politik und Wirtschaft mit konkreten Problemen konfrontierte.

Die Müllkrise in Westdeutschland

Das Sammeln von Müll zur Seuchenprävention und -abwehr hat in den Städten eine lange Tradition. Der gesammelte Müll wurde anschließend oft so weit wie möglich aus den zentralen Wohngebieten herausgeschafft. Diese räumlichen Externalisierungsstrategien gerieten in den 1960er Jahren an ihre Grenzen. Aufgrund des Platzmangels und der veränderten Zusammensetzung und Materialität des Mülls musste über neue Deponierungskonzepte nachgedacht werden.[28] Die Politik lernte, dass Deponien nicht nur Gestank und Krankheiten verbreiten, sondern Böden, Grundwasser und die Atmosphäre kontaminieren. Deponien, die keine Basisabdichtung hatten, verunreinigten das Grundwasser, sodass Schadstoffe, wie zum Beispiel Schwermetalle, sich als hochgiftige Verbindungen absetzten und sich über eine weite Fläche durch das Grundwasser verteilten. Außerdem konnten die Müllplätze durch den Anteil an

25 Joel A. Tarr, The Search for the Ultimate Sink. Urban Pollution in Historical Perspective, Akron 1996.

26 Dipesh Chakrabarty, Of Garbage, Modernity and the Citizen's Gaze, in: Economic and Political Weekly 27 (1992) 10/11, S. 541-547, hier 542; Marco Armiero, Wasteocene. Stories from the Global Dump, Cambridge 2021. S. 2.

27 De Majo, Poison Ships.

28 Heike Weber, Von wild zu geordnet? Konzeptionen, Wissensbestände und Techniken des Deponierens im 20. Jahrhundert, in: Technikgeschichte 81 (2014) 2, S. 119-146.

organischem Abfall unkontrolliert Feuer fangen und so, genau wie die Müllverbrennungsanlagen, für erhöhte Schadstoffemissionen in der Luft sorgen.

Der Abfall wurde nicht mehr als Teil der Städtehygiene diskutiert, sondern zu einem kontrovers debattierten Umweltproblem.[29] Diskussionen über die durch Müll verursachten Umweltprobleme wurden seit den 1970er Jahren vermehrt mit dem Massenkonsum und der individuellem Lebensführung verknüpft. Versuche, die Entsorgung zu externalisieren und damit gewissermaßen zu verdrängen, wurden oft dadurch konterkariert, dass das »Verdrängte« in Form von Schadstoffen und Giften, vermittelt über die Luft oder das Grundwasser, wieder in die Gesellschaft zurückkehrte. Laut Ralf Herbold und Ralf Wienken war neben dem materiellen auch ein »sprachlicher Wiedereintritt des Mülls in die Gesellschaft«[30] unvermeidbar. Begriffe wie »Altlast« und »Giftmüllskandal« markierten die Dinge, die nicht weggeworfen werden konnten und sprachlich wieder in Erscheinung traten. Das Wissen um die Gefährlichkeit hat sich seit den 1970er Jahren in weiten Kreisen der Bundesrepublik verbreitet und Umweltgruppen verfügten so über »eine überraschende und für den Staat ärgerliche Macht«, »die die Verwirklichung der [Müllentsorgungs-]Vorhaben verzögern oder gar verhindern«[31] konnte.

Eine neue gesetzliche Regelung musste gefunden werden, um der drohenden Müllkrise in den Gemeinden entgegenzuwirken. Im Juni 1972 trat das Abfallbeseitigungsgesetz des Bundes in Kraft – das erste Rahmengesetz zur Abfallfrage und erstes größeres Umweltgesetz der Bundesrepublik.[32] Für die Durchsetzung des Gesetzes waren die Landwirtschaftsministerien der einzelnen Länder verantwortlich, die in dieser Zeit oft um den Titel »Umwelt« erweitert wurden. So entstand in Baden-Württemberg 1972 ein Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Umwelt, das die Arbeit der Gemeinden und Kreise zur Neuorganisation einer leistungsfähigen Entsorgungsinfrastruktur koordinierte. Eine leistungsfähige Entsorgung richtete sich gegen kleinräumige Lösungen, wie beispielsweise Kompostieranlagen, und sah die Schaffung großer zentraler Anlagen vor. Durch die zunehmende Konzentration auf vergleichsweise wenige Anlagen wurden starke Pfadabhängigkeiten geschaffen, die zu einem Festhalten an einmal getroffenen Standortentscheidungen führten.[33]

Die Neuordnung der Abfallentsorgung fiel in Baden-Württemberg besonders einschneidend aus. Als das Land im Herbst 1972 seinen Abfallbeseitigungsplan veröffentlichte, verkündete es die Absicht, zusätzlich zu den bestehenden 29 Anlagen, die weiterhin in Betrieb bleiben sollten, 51 neue Anlagen zu bauen. Die zuständigen Wasserschutzbehörden mussten geeignete Standorte ausmachen, weshalb sie zunehmend an ihre Belastungsgrenzen gerieten.[34] Während in Nordrhein-Westfalen 1975 bereits zehn größere Müllverbrennungsanlagen in Betrieb waren, waren es in Hessen nur vier

29 Roman Köster, Hausmüll. Abfall und Gesellschaft in Westdeutschland 1945-1990, Göttingen 2017, S. 179.

30 Ralf Herbold/Ralf Wienken, Experimentelle Technikgestaltung und offene Planung. Strategien zur sozialen Bewältigung von Unsicherheit am Beispiel der Abfallbeseitigung, Bielefeld 1993, S. 12.

31 Ebd.

32 Reiner Keller, Müll – Die gesellschaftliche Konstruktion des Wertvollen. Die öffentliche Diskussion über Abfall in Deutschland und Frankreich, 2. Aufl., Wiesbaden 2009, S. 100.

33 Roman Köster, Hausmüll, Industriemüll, in: Jens Kersten (Hg.), Inwastement – Abfall in Umwelt und Gesellschaft, Bielefeld 2016, S. 29-53, hier S. 46.

34 Köster, Hausmüll, S. 227.

und in Baden-Württemberg sogar nur zwei.[35] Die Neuordnung der Abfallwirtschaft war in Baden-Württemberg wesentlich weniger weit fortgeschritten, da die Bevölkerung sich dort als besonders protestfreudig, v.a. bei Anlagen zur Entsorgung von Sonderabfällen, erwies.[36] Zusätzlich wurden viele der noch vorhandenen ungeordneten Deponien geschlossen oder beseitigt. In Baden-Württemberg wurden 1972 noch insgesamt 3.774 wilde Müllkippen gezählt, von denen bis 1975 über 3.000 geschlossen wurden. Mit dem Ausschluss der wilden Entsorgung wurde die Abhängigkeit von der zentralisierten Entsorgungsinfrastruktur erhöht, bei der es vermehrt zu Verzögerungen und Entsorgungskrisen kam.[37] Aus dieser angespannten Lage resultierte ein permanenter politischer Druck, der die emotionalen Debatten über neue Abfallbeseitigungsanlagen erheblich befeuerte.

Joachim Radkau zufolge haben die Umweltverschmutzungen durch Deponien und Müllverbrennungsanlagen zu dieser Zeit überhandgenommen und die Aufmerksamkeit und Proteste der Bürger*innen auf sich gezogen.[38] Einige Bundesländer, wie beispielsweise Baden-Württemberg, schickten bereits seit den 1970er Jahren Sondermüll in andere Bundesländer, da die schädlichen Wirkungen der Abfallentsorgung nicht mehr örtlich oder durch technische Maßnahmen einzugrenzen waren und sich deshalb schwer innerhalb eines Bundeslandes entsorgen ließen. Manche Bundesländer, wie beispielsweise Rheinland-Pfalz, nahmen damals die Sonderabfälle sogar noch recht gerne an, um die Rentabilität ihrer bestehenden Entsorgungsanlagen zu verbessern. Der Verband der Chemischen Industrie forderte daraufhin eine stärkere Koordinierung zwischen den Ländern. Doch die neue Stigmatisierung von Sondermüll als ungewollter »Schwarzer Peter«[39] erschwerte den Handel innerhalb der Bundesrepublik.

Vielerorts entstanden Bürgerinitiativen, um die Planung neuer Entsorgungsanlagen zu verhindern. Jens Ivo Engels sieht die Haltung der Bürgerinitiativen der späten 1970er Jahre als Ausdruck von Umweltschutz als Opferschutz, wobei sich ihr Engagement vor allem auf den Schutz des eigenen Wohls bezogen habe.[40] In den kommenden Dekaden gewann dieses Engagement politisch an Gewicht und wurde erfolgreich institutionalisiert.[41] Der politische Erfolg der Partei die Grünen, die 1983 zum ersten Mal in den Bundestag einzog, gab den Natur- und Umweltschutzdebatten eine Bühne, die so in die politischen Machtstrukturen des Staates integriert wurden.[42] Vor diesem Hintergrund wurde in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre immer öfter über einen »Müllnotstand« gesprochen. Marco Armiero und Giacomo D'Alisa haben kritisch angemerkt, dass es sich bei dem »Müllnotstand« keineswegs um einen Notfall handel-

35 K. C. Shin, Müllverbrennungsanlagen in der BRD, in: Forschungs- und Entwicklungsinstitut für Industrie- und Siedlungswasserwirtschaft sowie Abfallwirtschaft e.V. Stuttgart (Hg.), Vor- und Nachteile der Verbrennung und der Kompostierung von kommunalen Abfällen, Bd. 1, Berlin 1975, S. 29f.

36 Roman Köster, Hausmüll, Industriemüll, S. 45.

37 Köster, Hausmüll, S. 228-230.

38 Joachim Radkau, Ära der Ökologie. Eine Weltgeschichte, München 2011, S. 160f.

39 Keiner will den »Schwarzen Peter«, Stuttgarter Zeitung, Nr. 264, 15.11.1975, Hauptstaatsarchiv Stuttgart EA 7/703, 35, zitiert nach Köster, Hausmüll, S. 251.

40 Jens Ivo Engels, Naturpolitik in der Bundesrepublik. Ideenwelt und politische Verhaltensstile in Naturschutz und Umweltbewegung, 1950-1980, Paderborn 2006, S. 385.

41 Ebd., S. 399.

42 Joachim Raschke (Hg.), Die Grünen. Wie sie wurden, was sie sind, Köln 1993.

te. Der Müllnotstand wurde über Jahre hinweg ausgerufen und kam in keiner Weise überraschend oder plötzlich.[43] Anekdotisch kann hier angeführt werden, dass selbst der hessische Umweltminister der Grünen, Joschka Fischer, nachdem er bei seinem Amtsantritt mit der Müllkrise konfrontiert worden war, die verzwickte Situation 1986 mit folgenden Schlussworten in einem Leserbrief an die alternative Tageszeitung *taz* beschrieb: »Gruß von mittendrin in der Scheiße.«[44]

Die Proteste hatten zur Folge, dass sich neue Deponien und Müllverbrennungsanlagen schwerer durchsetzen ließen und es zu langwierigen Planfeststellungsverfahren[45] kam oder eben alternative Entsorgungswege gefunden werden mussten. An Fischers Tonfall lässt sich erkennen, wie verzweifelt die Situation geworden war. Gegen großen innerparteilichen Druck verabschiedete er einen Vertrag, der vorsah, hessischen Giftmüll auf der DDR-Deponie Schönberg entsorgen zu lassen.[46] Der heftige Gegenwind kam nicht nur aus der eigenen Landespartei, sondern wurde auch von den norddeutschen Kolleg*innen der Grünen in Schleswig-Holstein öffentlich vorgetragen. Bei den Protesten zu den westdeutschen Müllexporten zur Sondermülldeponie Schönberg wurden die umweltschädlichen Auswirkungen der Deponie innerhalb der DDR kaum thematisiert, sondern vor allem die zu erwartenden grenzüberschreitenden Beeinträchtigungen auf dem Gebiet der Bundesrepublik, zum Beispiel in Form einer erhöhten Schadstoffbelastung in der Luft sowie einer möglichen Trinkwassergefährdung, hervorgehoben.[47] Schon im September 1985 machten die Grünen Lübeck in einer Pressemitteilung auf die »lavinenartige [sic!] Zunahme der Industriemülltransporte«[48] aufmerksam und forderten den Landesverband Hessen auf, den Export zu unterbinden, da von ihm Umweltgefährdungen ausgingen. Die unter anderem von Jutta Ditfurth (Die Grünen) unterzeichnete Mitteilung zeigte die innerparteiliche Zerrissenheit und das Dilemma einer möglichst unschädlichen Entsorgung des westdeutschen Sondermülls.

Die Politiker*innen mussten sich vermehrt fragen, wo der Müll entsorgt werden sollte und konnte. So erklärte Minister Fischer im Februar 1986 seine Ratlosigkeit: »Auch ich will den Stopp für den Mülltourismus. Nur fehlt diesem Beschluß [gegen die Müllentsorgung in Schönberg] ein zweiter Teil, der mir sagt, was ich stattdessen machen soll.«[49] Bernstorff, der 1984 über ein Zweitmandat in den Landtag in Baden-Württemberg gewählt worden war und sein Landtagsmandat gemäß dem Rotationsbeschluss am 29. Mai 1986 bereits niedergelegt hatte, erkannte während seiner Tätigkeit als parlamentarischer Berater für die Grünen diese vielschichtige Problemlage und plädierte 1987 dafür, dass »eine Entscheidung für Grüne zwischen den beiden Polen

---

43 Marco Armiero/Giacomo D'Alisa, Rights of Resistance. The Garbage Struggles for Environmental Justice in Campania, Italy, in: Capitalism Nature Socialism 23 (2012) 4, S. 52-68, hier S. 58.

44 Müll. Brocken von allen Seiten, Der Spiegel, Nr. 50, 8.12.1986, S. 44-49.

45 Lucia Scharpf, Umweltgerechtigkeit durch Planfeststellungsverfahren. Der Entwurf einer Anwendungsethik für das abfallrechtliche Planstellungsverfahren auf Grundlage von Robert Alexys Diskurstheorie des Rechts, Tübingen 2021.

46 Fischer, der Müll und die Fundis, Die Welt, 12.2.1986, Der Beauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (BStU), MfS BV Rst VXIII, 413, Bl. 214.

47 Müllkippe Schönberg, taz, 19.2.1986, S. 3, AGG, B.II.1., 904, 1/2.

48 Die Grünen Lübeck, Pressemitteilung, 1.9.1985, AGG, B.II.1., 4056.

49 Fischer, der Müll, BStU, MfS BV Rst VXIII, 413, Bl. 214.

Bereitstellung von Abfallbeseitigungsanlagen und Verstopfung der Entsorgewege liegen muss.«[50] Doch entscheidende Verbesserungen bei der Giftmüllbeseitigung könne es nur dann geben, wenn gleichzeitig auch eine »Vermeidungspolitik«[51] betrieben werde. An dieser Stelle zeigte sich die umfassende Dimension des Themas; auch reichte die bisherige Art des Drucks nicht aus, um an den Kern des Problems zu gelangen und die Produktionsweisen zu verändern. Diesen Wandel bezeichnete Bernstorff als die »verlorene Unschuld der westlichen Ökologiebewegung«.[52] Doch bevor über großflächige Vermeidungsstrategien nachgedacht werden konnte, wurde der Sondermüll abseits der westdeutschen Entsorgungswege und Beseitigungsanlagen ins Ausland gebracht.

Müllexport als Lösung der Entsorgungskrise

Ein Patentrezept zur Lösung der Entsorgungsprobleme gab es Ende der 1980er Jahre wahrlich nicht. Genau wie Politiker*innen warnten einschlägige Fachzeitschriften vor dem Kollaps des Müllsystems, doch der Schaden war bereits angerichtet. Problematischer Müll wurde außerhalb von Baden-Württembergs Grenzen entsorgt, denn im eigenen Bundesland war der Sondermüll nicht gern gesehen. Werner Schenkel beschreibt, wie der Abfallexport das »Ergebnis fehlender Abfallbeseitigungspolitik und der letzte Notanker einer desolaten Willensbildung«[53] wurde. Als sogenannte »Crux der fehlenden Tat«[54] führte diese Situation zu einer verstärkten Auslagerung des Mülls aus dem inländischen Entsorgungssystem. International gut vernetzte Müllhändler und -spediteure ermöglichten es, dass der Müll auf dem Weg des geringsten Widerstands[55] Ende der 1980er Jahre oft in anderen Ländern landete, wie beispielsweise in der DDR,[56] verschiedenen afrikanischen Ländern[57] oder eben in der Türkei. Immer öfter wurde nun in der in- und ausländischen Presse von Fällen berichtet, bei denen Sondermüll (oft illegal) in Ländern des globalen Südens verklappt wurde.

Zum ersten Mal berichtete die deutsche Presse von den deutschen Sondermüll-Exporten in die Türkei am 8. Februar 1988 mit einem Artikel der *taz*. Nachdem die Verbrennung von hochgiftigem Sonderabfall aus dem baden-württembergischen Salach in Westdeutschland nicht genehmigt worden war, sollte er bereits im September

---

50 Andreas Bernstorff, Wohin mit dem Giftmüll? Lösungsansätze für eine komplizierte Materie, in: Kommune 4 (1987), S. 30-32, hier S. 32, AGG, B.II.1., 974 2/2.

51 Ebd.

52 Winfried Schnurbus, Deutscher Müll für alle Welt. Die dunklen Geschäfte der Müllschieber, Nachwort von Andreas Bernstorff/Greenpeace, München 1993, S. 341.

53 Zitiert nach Thomas Barbian, Umweltpolitik in Hessen. Handlungsspielräume der rot-grünen Koalition in der Abfallwirtschaft, London 1990, S. 186.

54 Bernstorff, Wohin, S. 32, AGG, B.II.1., 974 2/2.

55 Gopal Krishna, Why Urban Waste Continues to Follow the Path of Least Resistance, in: Economic and Political Weekly 52 (2017) 17, S. 95-101; David Schelly/Paul B. Stretesky, An Analysis of the »Path of Least Resistance« Argument in Three Environmental Justice Success Cases, in: Society & Natural Resources 22 (2009) 4, S. 369-380.

56 Jinhee Park, Von der Müllkippe zur Abfallwirtschaft. Die Entwicklung der Hausmüllentsorgung in Berlin (West) von 1945 bis 1990, Berlin 2004.

57 Neue Sklaverei, Der Spiegel, Nr. 24, 13.6.1988, S. 147-149.

1987 testweise als Brennstoff in der Zementfabrik Göltaş in der südtürkischen Stadt Isparta genutzt werden. Die Firma Weber Industrie- und Städtereinigung aus Salach brachte den Abfall unter dem harmlosen Namen »Ersatzbrennstoff« in die Türkei.[58] Insgesamt sollten ca. 50.000 Tonnen aus dem Kreis Göppingen exportiert werden, wobei das Landratsamt Göppingen bereits den Export von 2.000 Tonnen »Ersatzbrennstoff« genehmigt hatte.[59] Eine kleinere Menge dieses Problemmülls war bereits von der Firma geliefert und in der Zementfabrik verbrannt worden.[60] Zwei Tage nach dem *taz*-Bericht verurteilten die baden-württembergischen Grünen das Verbrennen des Abfalls in der Türkei: »Auf diese Weise werden zentnerweise Blei, Chrom, Kupfer, Nickel, Zink, Zyanid und kiloweise Chlorverbindungen mit Dioxinanteilen in die Luft verteilt.«[61] Laut der Pressemitteilung der Grünen wurden bei der Verbrennung in der türkischen Zementfabrik keinerlei Filter oder Rauchgasreinigungsanlagen eingesetzt, sodass sich die Schadstoffe über weite Landstriche verteilen würden. Außerdem wiesen die Grünen darauf hin, dass es noch weitere Orte in der Türkei gebe, an die Baden-Württemberg Haus- und Sondermüll geliefert habe. »Hier tut sich ein unübersehbares Sumpfgelände auf, denn das Ministerium kann bisher nicht erklären, wo nachweislich entstandene Sondermüllmengen aus Baden-Württemberg letztlich verblieben,«[62] so Bernstorff, der damals als umweltpolitischer Berater der baden-württembergischen Grünen im Landtag arbeitete, in der Pressemitteilung.

Die Kostenkalkulation für die Margen im Müllhandel, scherzhaft »Müllionen«[63] genannt, erklärt das hohe Interesse der westdeutschen Firmen an den Exportgeschäften. In der Türkei musste die Zementfabrik normalerweise ca. 100 DM für eine Tonne Steinkohle bezahlen. Eine Tonne des importierten »Ersatzbrennstoffes« kostete allerdings nur 10 DM bei etwa gleichem Brennwert. Darüber hinaus bekamen die inländischen Entsorgungsfirmen von den Industriebetrieben je nach Giftigkeit einige hundert DM pro Tonne für die Abnahme. Die Gewinnmargen waren hier für beide Seiten äußerst attraktiv. Das war vielleicht einer der Gründe, warum die Umweltrisiken und Begriffe wie Dioxin den türkischen Betriebsleiter der Zementfabrik kalt ließen: »Die Deutschen sind übersensibel in Bezug auf Umweltverschmutzung. Die haben sogar eine Partei, die sich die Grünen nennen. Wir sind demgegenüber ein zurückgebliebenes Entwicklungsland.«[64] Der Verweis auf weniger hohe Umweltstandards unterstrich nur noch die zweifelhaften Exportgenehmigungen, die scheinbar gegen die Grundsätze des baden-württembergischen Umweltministers Erwin Vetter (CDU) erteilt worden waren. Dieser betonte mehrfach, dass aus Baden-Württemberg exportierter Sondermüll nur nach den gleichen Standards der Umwelttechnik behandelt und beseitigt werden dürfe wie in dem Bundesland selbst.[65] In den folgenden Monaten beschäftig-

58 Ömer Erzeren, Fern in der Türkei, wo der Giftmüll brennt…, taz, Nr. 2427, 8.2.1988, S. 6, AGG, B.IV., 1299.

59 Sondermüll in die Türkei, Stuttgarter Nachrichten, 12.2.1988, AGG, B.IV., 1299.

60 Sondermüll in die Türkei gestoppt, Stuttgarter Nachrichten, 24.2.1988, AGG, B.IV., 1299.

61 Die Grünen im Landtag von Baden-Württemberg, Pressemitteilung. Grüne protestieren gegen Giftmüllverschiebung in die Türkei, 10.2.1988, AGG, B.IV., 1299.

62 Ebd.

63 Kirsten Brodde, Protest! Wie ich die Welt verändern und dabei auch noch Spaß haben kann, München 2010, S. 73.

64 Ali Ihsan Çalti, Göltaş tahlil sonucu bekliyor, Cumhuriyet, 1.2.1988, AGG, B.IV., 1299.

65 DPA, Grüne kritisieren Göppinger Sondermülltransport in die Türkei, 11.2.1988, AGG, B.IV., 1299.

ten sich mehrere Politiker*innen und Journalist*innen intensiv mit dem Müllexport in die Türkei und schufen eine politische Kampagne gegen Vetters »Doppelmoral« mit dem Ziel, dessen Entsorgungspraktiken zu verändern und den baden-württembergischen Sondermüll aus der Türkei zurück nach Westdeutschland zu bringen.

Bei dem Müllexport durch den Salacher Betrieb Weber handelte es sich um keinen Einzelfall. Es wurde bekannt, dass die oberschwäbische Firma EVA KG beim Landratsamt Ravensburg den Export von 1.000 Tonnen halogenhaltigem Flüssigmüll, der bei der Metalloberflächenbehandlung in der Automobilindustrie anfiel, in die Türkei beantragte. Bei dem Unternehmen handelte es sich um ein Tochterunternehmen des in ganz Süddeutschland tätigen Abfallbeseitigungs- und Verwertungsunternehmens Altvater, wobei der Export angeblich durch eine Firma namens »Südmüll« durchgeführt werden sollte.[66] Der Kreis der involvierten Unternehmen wurde zunehmend größer und unübersichtlicher, weshalb eine Bestandsaufnahme des Problems durch Wolfgang von Nostitz (Regenbogen-Fraktion) auf europäischer Ebene angestrebt wurde. Von Nostitz gehörte zu dem Zeitpunkt der europäischen Delegation für die Beziehungen zur Türkei an und stellte eine mündliche Anfrage an die Europäische Kommission, ob ihr weitere Fälle von Exporten hochgiftiger Industrierückstände aus EG-Staaten in die Türkei bekannt seien und welche Möglichkeiten des politischen Einwirkens auf die westdeutschen und türkischen Behörden bestünden.[67] Ausgehend von einem lokal begrenzten Entsorgungsskandal zog der Fall nun immer größere Kreise.

Er wurde mittlerweile in den türkischen Medien stark diskutiert, in denen sowohl die Betreiber der Zementfabrik, die den Export verteidigten, als auch türkische Professoren zu Wort kamen, die sich gegen den Müllexport aussprachen. Der an der Universität Stuttgart lehrende Professor Oktay Tabasaran kritisierte vor allem, dass der deutschen Entsorgungsfirma ETE sogar noch 10 DM pro Tonne, also insgesamt 15.810 DM, für die Entsorgung ihres Sondermülls von der Zementfabrik Göltaş gezahlt wurde, obwohl in Westdeutschland ansonsten Zahlungen, zum Beispiel an die DDR, für die Deponierung des Mülls fällig gewesen wären.[68] Die türkische Öffentlichkeit war entrüstet. Bereits bevor der erste Artikel in der deutschen Presse erschienen war, luden Protestierende während einer Demonstration in Istanbul symbolisch Müll vor dem deutschen Konsulat ab.[69]

Durch die Berichterstattung und das Interesse an dem Thema wurde der Druck für die baden-württembergische Landesregierung immer größer, sodass das Umweltministerium am 26. Februar vorerst zu dem Schluss kam, die Lieferung der Firma EVA KG zu stoppen.[70] Der Grünen-Politiker Bernstorff nutzte dieses Momentum, um die beiden Einzelfälle zu einer umfassenderen Kampagne gegen Giftmüllexporte zu verbinden. Anfang März kontaktierte Bernstorff Ali Yurtagü, einen Mitarbeiter von von Nostitz: »Lieber Ali, bitte schicke mir alle eure Unterlagen und Presseberichte. Ich reise am 21.3. für 1 Woche in die Türkei. Willst du mit?«[71]

---

66 Gisela Rothermel, Giftmülltransporte in die Türkei vorerst gestoppt, Stuttgarter Zeitung, 26.2.1988, AGG, B.IV., 1299.

67 Wolfgang von Nostitz, Mündliche Anfrage (0-218/87), 19.2.1988, AGG, B.IV., 1299.

68 Semra Somersan, Alman çöpünde ›çifte kazık‹, Cumhuriyet, 19.2.1988, AGG, B.IV., 1299.

69 Semra Somersan/B. Ecevit, Alman çöpü Isparta'da. Cumhuriyet, 18.1.1988, AGG, B.IV., 1299.

70 Rothermel, Giftmülltransporte.

71 Andreas Bernstorff, Umweltfreundlicher Kurzbrief, 2.3.1988, AGG, B.IV., 1299.

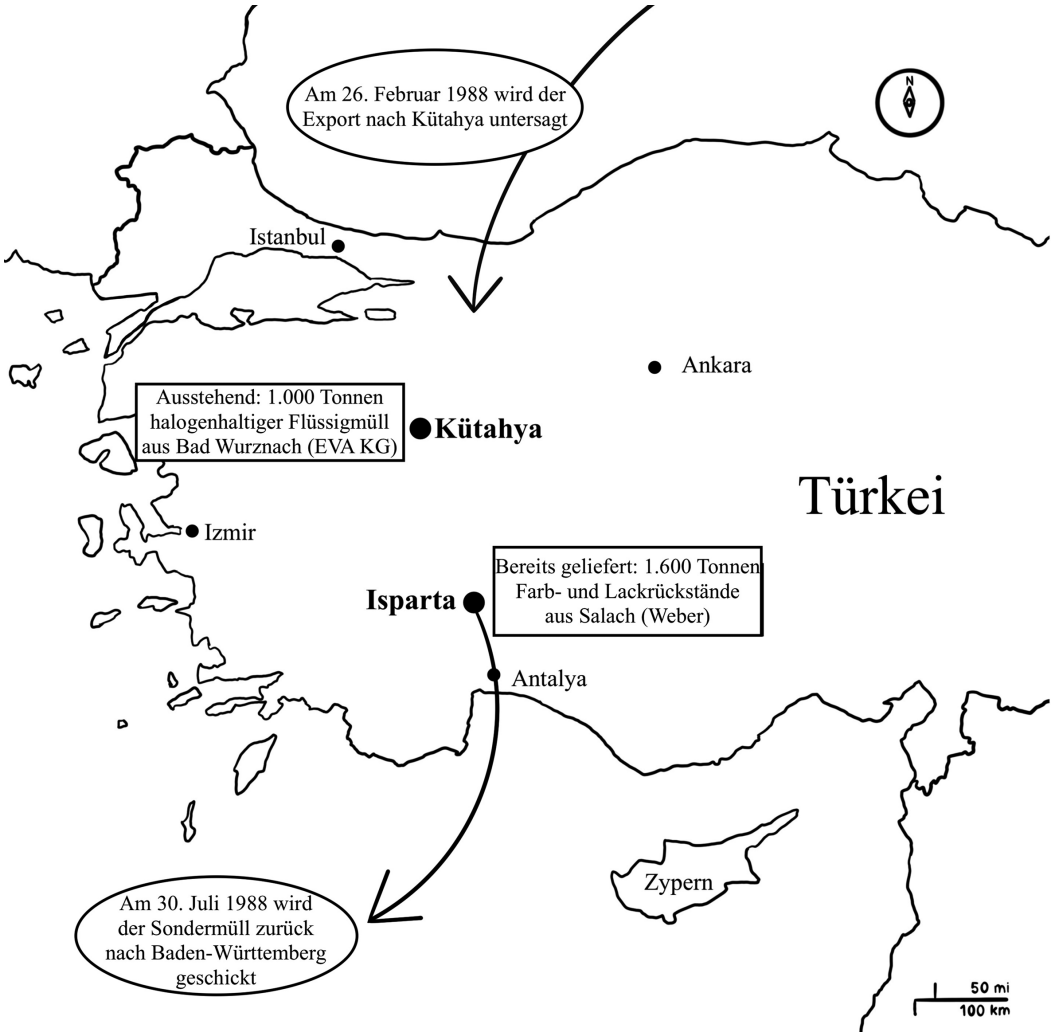

Abb. 1: Die Karte zeigt die beiden türkischen Orte Kütahya und Isparta, in denen der baden-württembergische Sondermüll entsorgt werden sollte.
© Jonas Stuck

Am gleichen Tag erreichte Bernstorff ein Fax des damaligen Istanbul-Korrespondenten der *taz* und der Züricher *Wochenzeitung* mit der Schlagzeile, die tags zuvor, am 1. März 1988, in der türkischen Tageszeitung *Güneş* erschienen war: »Kütahya'yı Yeşiller kurtardı«.[72] Die Grünen wurden in der Zeitung als Retter von Kütahya gepriesen, da die Lieferung von EVA KG gestoppt worden war. Die Ereignisse verdichteten sich und die DPA vermeldete am 9. März 1988, dass ein Parlamentsbeschluss in Ankara jede Einfuhr von ausländischem Sondermüll in die Türkei stoppe, worunter auch die halogenierten Lösungsmittel der Entsorgungsfirma Altvater fielen.[73] Das Unternehmen Altvater, das die Lösungsmittel bisher üblicherweise in offenen Kesseln auf dem Entsorgungsschiff *Vulcanus II* auf der Nordsee verbrannt hatte,[74] erklärte: »Die Sache ist

72 Ömer Erzeren, »Die Grünen haben Kütahya gerettet«, 2.3.1988, AGG, B.IV., 1299.

73 DPA, Nach Alarm der Grünen: Türkei verhindert Giftmüllimporte, 9.3.1988, AGG, B.IV., 1299.

74 Greenpeace und andere Umweltschutzorganisationen haben gegen diese Art der Müllentsorgung auf der Nordsee bereits seit 1983 protestiert. Die Benutzung des letzten deutschen Giftmüllverbren-

jetzt für uns abgehakt.«[75] Die Informationskampagne der baden-württembergischen Grünen war in der Türkei in relativ kurzer Zeit auf fruchtbaren Boden gefallen. Jedoch richtete sich die Kritik der Grünen vornehmlich gegen die inländische Verwaltung in Baden-Württemberg, die solche Transporte gestattet hatte, und nicht gegen die Importeure oder den Besitzer der Zementfabrik. Das Bundesabfallgesetz gestattete den Sondermüllexport nur dann, wenn im Drittland dieselben Sicherheitsvorkehrungen bei der Vernichtung eingehalten wurden wie in Deutschland. Dass es für die deutschen Behörden aber nicht immer einfach war, die Anfragen richtig zu bewerten, zeigt ein gefälschtes Papier, das Jakob Altvater, Inhaber der Firma EVA in Bad Wurznach, den deutschen Behörden und türkischen Journalist*innen vorlegte. In dem Papier verkündete der türkische Minister für Gesundheit einem Betrieb aus der westtürkischen Stadt Kütahya am 21. Dezember 1987 eine frohe Botschaft: Der Minister bestätigte in seinem Brief der Firma Büyüktemiz die rechtliche Befugnis zur Einrichtung und Überwachung einer Sonderabfalldeponie. Weiter hieß es, dass das Stadtparlament in Tavşanlı einen Monat zuvor bereits eine Genehmigung für eine Importlizenz von Müll aus Westdeutschland erteilt habe. In dem Schreiben hieß es:

> »Durch diesen Rahmenvertrag ist der Betrieb, die Einrichtung und Überwachung von Sonderabfalldeponien in der Türkei nach türkischen, deutschen, europäischen und US-Normen von einem international anerkannten Experten- und Sachverständigen gesichert, wobei nicht nur die idealen geotechnischen Voraussetzungen, sondern auch die ständige Fortschreibung neuester Technologie gewährleistet ist, überprüft wird und somit den Normen des Umweltschutzes und der öffentlichen Gesundheit weltweit entspricht.«[76]

Der Brief, der die Einrichtung einer neuen Sondermülldeponie in Kütahya zusagte, wurde von dem »Minister für Gesundheit« unterzeichnet. Doch gab es in der Türkei keinen Minister, der so bezeichnet wurde, denn richtigerweise hätte es »Minister für Gesundheit und Soziales« heißen müssen. Der »echte« türkische Minister Bülent Akarcalı wusste nichts von diesem Brief. Die beiden Unterschriften stammten von keinem der Ministerialbeamten, sondern von einem Mitarbeiter einer ländlichen Gesundheitsstation in Tavşanlı und einem Techniker im untersten Beamtenrang der Gesundheitsverwaltung des Bezirkes Kütahya. Zwar fanden türkische Journalist*innen heraus, dass es keinen Rahmenvertrag zum Deponiebau gab, doch hatten bereits erste Gespräche unter der Federführung einer Züricher Firma stattgefunden.[77] Jakob Altvater hat diesen gefälschten »Persilschein für Giftmüll«[78] Mitte März 1988 dem Regierungspräsidium in Tübingen als Nachweis der ordnungsgemäßen Entsorgung in der Türkei vorgelegt. Ob man Altvater einen »groß angelegten Täuschungsversuch, die Verwendung gefälschter Papiere und die Planung krimineller Entsorgungsprakti-

---

nungsschiffs *Vesta* wurde 1989 eingestellt. Jürgen Voges, Giftmüllverbrennung auf Nordsee zu Ende, taz, Nr. 2983, 9.12.1989. S. 5.

75 DPA, Alarm.

76 Minister für Gesundheit, Brief an Firma Büyüktemiz, 21.12.1987, AGG, B.IV., 1299.

77 Pressemitteilung Nr. 54/88 der Grünen im Landtag von Baden-Württemberg, 11.3.1988, AGG, B.IV., 1299.

78 Werner Weiss, »Persilschein für Giftmüll gefälscht«, Stuttgarter Nachrichten, 12.3.1988, AGG, B.IV., 1299.

ken«[79] vorwerfen kann, wie Bernstorff es getan hat, oder das Unternehmen selbst im Unklaren über die Situation war, ist nicht zu sagen. Dieses Beispiel zeigt aber, wie unüberschaubar die Lage im Müllgeschäft sein konnte und wie verworren die Beziehung zwischen Politik und Wirtschaft war:

> »Die Landesregierung kann nicht mehr von der Zuverlässigkeit Altvaters als Sondermüllentsorger ausgehen. Die Lizenz muss zurückgenommen werden. Die Landesregierung muss endlich ihr Schweigen brechen, die Karten auf den Tisch legen und öffentlich erklären, wie sie ihrer verfassungsgemäßen Plicht der Sondermüllüberwachung und Entsorgung nachkommen will. Ihr bisheriges Verhalten kann man nur als stille Komplizenschaft bezeichnen.«[80]

In der Pressemitteilung der Grünen mahnte Bernstorff nicht nur den Müllentsorger Altvater, sondern auch die Landesregierung wegen mangelnder politischer Initiative. Obwohl das Umweltministerium die Vorwürfe öffentlich als »absurd« abtat, äußerte sich das Ministerium nicht über die Entsorgungsprojekte und deren Partner.[81] Auch der Vorstoß von von Nostitz lief Gefahr, auf europäischer Ebene ins Stocken zu kommen. Seine Anfrage von Mitte Februar 1988 wurde weder in der März- noch in der Aprilsitzung des Europäischen Parlaments aufgenommen.[82] Im Kreistag von Göppingen, dessen Landratsamt für die Genehmigungen der Firma Weber aus Salach verantwortlich war, und im Landtag von Baden-Württemberg bemühten sich die Fraktionsmitglieder der Grünen, die Aufklärung am Laufen zu halten, und es wurden Anträge zu den Entsorgungspraktiken von Altvater und Weber gestellt.[83]

Kurz bevor Bernstorff zu seiner Türkeireise aufbrach, brachte er in einer Pressemitteilung zum ersten Mal die Idee ins Spiel, den als »Ersatzbrennstoff« deklarierten Sondermüll der Firma Weber aus Salach nach Deutschland zurückholen zu lassen. Die fast 1.600 Tonnen der Farb- und Lackrückstände lagen bereits im Hof der Zementfabrik Göltaş in Isparta. Die Idee war es, den ungeliebten Müll zurückzuholen und somit einen Präzedenzfall zu schaffen, der das Sankt-Florians-Prinzip und die *Not in My Backyard*-Proteste[84] umdrehte. Das Ziel war also nicht, die potenziellen Gefahren und Bedrohungen auf andere zu schieben, sondern den Giftmüll wieder in den Verantwortungsbereich des Ursprungslandes zurückzuholen.[85]

---

79 Pressemitteilung Nr. 54/88 der Grünen im Landtag von Baden-Württemberg, 11.3.1988.

80 Ebd.

81 Pressemitteilung Nr. 56/88 der Grünen im Landtag von Baden-Württemberg, 15.3.1988, AGG, B.IV., 1299.

82 Wolfgang von Nostitz, Brief an Lord Henry Plumb, 15.3.1988, AGG, B.IV., 1299.

83 Raimund Wimmer, Brief an Landrat Weber, 23.3.1988, AGG, B.IV., 1299; Antrag der Abg. Stürmer u.a. GRÜNE. 23.2.1988, AGG, B.IV., 1299.

84 A. E. Luloff/Stan L. Albrecht/Lisa Bourke, NIMBY and the Hazardous and Toxic Waste Siting Dilemma. The Need for Concept Clarification, in: Society & Natural Resources 11 (1998) 1, S. 81-89.

85 Nicht alle NIMBY-Proteste verfolgen reine Partikularinteressen und werden zu Lasten anderer ausgetragen. Gregory McAvoy zeigt, wie der Protest gegen Giftmülldeponien in Minnesota zu einer veränderten Müllstrategie führte, die auf Vermeidung setzte. Gregory E. McAvoy, Controlling Technocracy. Citizen Rationality and the NIMBY Syndrome, Washington, DC 1999.

Die Giftmüll-Rückholaktion

Insgesamt wurden die Debatten um die Entsorgung von Müll seit Mitte der 1980er Jahre immer emotionaler. Gegenüber standen sich Umwelt- und Bürgerinitiativen, die sich in Fundamentalopposition übten, Techniker*innen und Unternehmer*innen, welche die Bedenken und Ängste oftmals engstirnig und unbegründet fanden, und schließlich Politiker*innen, die mit dem Problem konfrontiert waren, Entsorgungsmöglichkeiten zu schaffen.[86] In dieser Trias aus Umweltaktivist*innen, Techniker*innen und Politiker*innen spielten die Grünen um Bernstorff eine neue Rolle, da sie sich gegen das Herausnehmen des Mülls aus dem Entsorgungssystem stellten und somit gleich mehrere Standpunkte kritisierten. Zwar sollte man sich ihrer Meinung nach nicht auf Kosten anderer von dem eigenen Müll befreien; trotzdem hinterfragten sie technische Standards im eigenen Land und verlangten umfassende wissenschaftliche Berichte durch Gegen-Expert*innen.

Die Kampagnenstrategie von Bernstorff war eine kontinuierliche mediale »offene Konfrontation«[87] mit seinen Gegenspieler*innen, bei der er außerdem zentrale Begriffe in die öffentliche Debatte einführte. Dazu reiste er im März für eine Woche in die Türkei, um vor Ort mit den türkischen Medien über den Vorfall zu sprechen. Als Teil der Kampagnenstrategie versuchte er bestimmte Begriffe, wie beispielsweise »Müllkolonialismus«, sprachlich in den Medien zu etablieren. So titelte am 25.3.1988 die älteste türkische Tageszeitung *Cumhuriyet* dann auch mit den Worten »Çöp ihracı yeni sömürgecilik«[88] und zitierte Bernstorff, der den Export von Müll als neuen deutschen Kolonialismus bezeichnete. Der »grüne deutsche Mülldetektiv«, wie er in der Zeitung genannte wurde, sah nach der Rohstoffausbeutung, der Ausnutzung prekärer Arbeitskräfte und dem ungleichen Handel auf dem Weltmarkt den Export von Giftmüll als die letzte Etappe des westlichen Kolonialismus. In dem Zeitungsartikel verdeutlichte er, dass Menschenrechte universell seien und man die Industriefirmen davon abhalten müsse, die sogenannte Dritte Welt als »Kloake«[89] zu benutzten. Seine Schlussfolgerung hieß daher: »Müll braucht Grenzen.«[90] Er wendete sich auch gegen den Begriff des »Mülltourismus«,[91] der sich seiner Meinung nach als Euphemismus für den Export von Müll im deutschen Sprachgebrauch festgesetzt habe und häufig in den Medien zu finden war. Der exportierte Müll zeichne sich ja vor allem dadurch aus, dass er langfristig fernbleiben solle und eben nicht wie ein Tourist zurückkomme.[92] Jahre später, als Bernstorff schon bei Greenpeace arbeitete, schrieb er: »Ein Tourist kommt und geht, Giftmüll geht nie wieder – es sei denn, er wird von Greenpeace oder anderen zurück

86 Köster, Hausmüll, S. 298-299.

87 Andreas Graf von Bernstorff, Einführung in das Campaigning, Heidelberg 2012, S. 91.

88 »Müll-Export (ist) neuer Kolonialismus«, Semra Somersan, Çöp ihracı yeni sömürgecilik, Cumhuriyet, 25.3.1988, AGG, B.IV., 1299.

89 Ebd.

90 Ebd.

91 Wieder Giftmüll in die Türkei, Stuttgarter Zeitung, 22.2.1988, AGG, B.IV., 1299; Hans-Dieter Haas/Simon-Martin Neumair, Stichwort »Mülltourismus«, Gabler Wirtschaftslexikon, 20.5.2009, https://wirtschaftslexikon.gabler.de/definition/muelltourismus-39795 (letzter Zugriff 3.11.2020).

92 Jonas Stuck, Interview Bernstorff, S. 2.

nach Hause geschoben.«[93] Noch heute hält sich der Begriff als Synonym für den Müllkolonialismus in der Forschung[94] und in Medienberichten,[95] obwohl man indessen Mülltouristen diejenigen nennt, die auf Deponien fahren, um dort zu erkennen, »dass sich die Konsequenzen ihres Handelns und Lebensstils in vermeintlich weit entfernten Ländern buchstäblich zu ihren Füßen« wiederfinden.[96] Mülltouristen wollen demnach das erfahren, was unter dem Deckmantel des Begriffs »Mülltourismus« verhindert werden soll: Eine persönliche Auseinandersetzung mit der Externalisierung von Müll.

Diese persönliche Auseinandersetzung suchte Bernstorff in der Türkei. Er reiste zunächst gemeinsam mit der deutschen Bundestagsabgeordneten Karitas Hensel (Die Grünen) in die Türkei und wurde dort wegen des enorm gestiegenen Prestiges der deutschen Grünen begeistert empfangen. Und obwohl Bernstorff in seiner Funktion als Umweltberater der Partei die Grünen »völlig unvorbereitet auf die politische Situation in der Türkei dorthin gereist«[97] war, gelang es den westdeutschen Grünen seiner Meinung nach bei öffentlichen Auftritten, sich nicht in den diversen türkischen parteipolitischen Debatten zu verlieren, sondern akteursübergreifend das Publikum für die Müllexporte zu sensibilisieren und so die gute Stellung der Grünen auszunutzen.[98] Durch eigene Tests fand die Technische Universität Ankara eine erhöhte Schwermetallbelastung sowie mehr polyrierte Biphenyle (PCB) in dem »Ersatzbrennstoff« der Firma Weber, als bisher angenommen.[99] Die Universität empfahl daher, den Sondermüll noch vor der Sommerhitze zurückzubringen, da die Metallsalze im Zusammenhang mit der Chlororganik zu Bränden und Explosionen führen könnten.[100] Das Umweltdirektorat beim türkischen Ministerpräsidenten forderte auf Grundlage der Empfehlung der Technischen Universität Ankara den Rücktransport der Sonderabfälle.[101] Die von der türkischen Regierung geforderte Rücknahme des Giftmülls stellte für die westdeutsche Politik eine Zwickmühle dar: Der Leitspruch *Not in My Backyard* sollte nun ganz praktisch mit dem Nachsatz versehen werden »…und auch nicht anderswo«.[102] Dieser Nachsatz bedeutete, dass sich die etwaigen Gesundheits- und Umweltschäden eben nicht anderswo hin externalisieren ließen, sondern zurückgeholt

93 Bernstorff, Ächtung, S. 48, Fn. 19.

94 Andreas Thüsing, Ökologie in der DDR. Staatlicher Umweltschutz in der Ära Honecker, in: Historisch-Politische Mitteilungen 20 (2013) 1, S. 147-170, hier S. 163.

95 Miodrag Soric, Widerstand gegen Mülltourismus in Russland, Deutsche Welle, 24.3.2018, 12:04 Min., https://www.dw.com/de/widerstand-gegen-m_%C3_%BCltourismus-in-russland/av-43115265 (letzter Zugriff 19.11.2020).

96 Eveline Dürr, Slum(scapes). Armut und mobile Erlebniswelten, in: Kersten (Hg.), Inwastement, S. 131-152, hier S. 146.

97 Andreas Bernstorff, Bericht über eine Reise in die Türkei im März/April 1988, 3.5.1988, AGG, B.IV., 1299.

98 Ümit Şahin, Intertwined and Contested. Green Politics and the Environmental Movement in Turkey, in: Südosteuropa 63 (2015) 3, S. 440-466, hier S. 452.

99 Hans-Dieter Stürmer, Brief an Erwin Vetter. Rückführung von baden-württembergischem Sondermüll aus der Türkei, 22.4.1988, AGG, B.IV., 1299.

100 Peter Henkel, Gefälschte Papiere für den Giftmüll-Export in die Türkei, Frankfurter Rundschau, 27.4.1988, AGG, B.IV., 1299.

101 Ebd.

102 Kai F. Hünemörder, Die Frühgeschichte der globalen Umweltkrise und die Formierung der deutschen Umweltpolitik, 1950-1973, Wiesbaden 2004, S. 284.

werden mussten und damit potenzielle Auswirkungen auf die eigene Umgebung und den eigenen Körper haben konnten.

Diese Entscheidung war nicht einfach für die baden-württembergische Landesregierung, weshalb sie sich zunächst in Schweigen hüllte.[103] Erst als der türkische Umweltminister Veysel Atasoy Anfang Mai 1988 bei Bundesumweltminister Klaus Töpfer in Bonn vorstellig wurde, konnte dieser die diplomatisch brisante Lage nicht weiter ignorieren. Töpfer gab daraufhin eine persönliche Erklärung ab, in der er versprach, den Sondermüll auf Kosten der Verursacher nach Westdeutschland zurückzuholen.[104] Doch der geschäftsführende Gesellschafter der Firma Weber, Dieter Weber, übte umgehend Kritik an der Rückholaktion und erklärte, dass das Rechtsgeschäft mit dem türkischen Vertragspartner in Isparta juristisch und technisch einwandfrei abgewickelt worden sei. »Herr Töpfer kann mir nichts befehlen, das ist ein Rechtsgeschäft zwischen zwei Industrie-Betrieben, und auf meine Rechnung wird der Brennstoff nicht zurücktransportiert.«[105] Webers Meinung nach war die Rücknahme des Giftmülls zu einer politischen Angelegenheit geworden, für welche die Politik aufkommen sollte.[106]

Da die obersten türkischen Politiker*innen nun Druck machten, mussten sich die westdeutschen Politiker*innen aus Bonn und Stuttgart in den folgenden Wochen mit dem Vorfall beschäftigen. Der Rücktransport des Giftmülls sollte ungefähr 500.000 DM kosten, doch blieb weiterhin unklar, wer die Kosten tragen sollte. Zudem stellte sich die technische und politische Frage, wie eine falsche Deklarierung des »Ersatzbrennstoffes« hatte zustande kommen können. Nach Messungen des TÜV Stuttgart lag die PCB-Belastung des Stoffes vor der Ankunft in der Türkei bei 0,66 mg/kg, Chemiker*innen der Technischen Universität Ankara kamen bei ihren Messungen allerdings auf Werte von 285 mg/kg. Wie konnte derselbe Müll unterschiedliche Messwerte aufweisen und unterschiedlich klassifiziert werden? Trotz der neuen Messungen war der baden-württembergische Umweltminister Vetter der Meinung, dass bei der Genehmigung »keine Ungesetzlichkeiten vorgekommen seien«.[107] Derweil wurde eine deutsch-türkische Arbeitsgruppe vom Bundesumweltministerium eingerichtet, um Aufklärungsarbeit zu leisten. Viel Zeit blieb dieser Arbeitsgruppe jedoch nicht, da die türkischen Behörden die Rücknahme innerhalb von vier Wochen forderten.[108] Als der türkische Staatsminister Adnan Kahveci in einem Interview mit den Worten Webers konfrontiert wurde, dass es sich nicht um seinen »Ersatzbrennstoff« handeln könne, sagte er nur:

> »Fuck them. Da kann man wirklich nur noch fluchen. Sie können meinen Fluch durchaus veröffentlichen. Leider ist es so, daß die Giftmüllmafia nur diesen Ton versteht. Anstatt die Abfälle teuer in der BRD zu entsorgen, wird die Ware unter Zahlung von Schmiergeldern exportiert.«[109]

---

103 Pressemitteilung Nr./2/88 der Grünen im Landtag von Baden-Württemberg, 5.5.1988, AGG, B.IV., 1299.

104 Der Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Pressemitteilung, 5.5.1988, AGG, B.IV., 1299.

105 »Herr Töpfer kann mir nichts befehlen«, Neue Württembergische Zeitung, 6.5.1988, AGG, B.IV., 1299.

106 Heftiger Krach zwischen Bonn und Stuttgart wegen Rücknahme des exportierten Giftmülls, Schwäbische Zeitung, 7.5.1988, AGG, B.IV., 1299.

107 Experten sollen Giftmüllproblem lösen, Stuttgarter Zeitung, 10.5.1988, AGG, B.IV., 1299.

108 Wohin mit PCB-haltigem Gift-Müll?, taz, Nr. 2504, 10.5.1988, S. 4, AGG, B.IV., 1299.

109 Ömer Erzeren, »Verflucht sei die Giftmüllmafia«, taz, Nr. 2560, 18.7.1988, S. 7, AGG, B.IV., 1299.

Später verklagte die Firma Weber die *taz* wegen der Veröffentlichung dieses Interviews.[110] Doch auf Veranlassung der türkischen Behörden verließ der dänische Frachter *Niktis Trader,* der mit dem westdeutschen Sondermüll aus Isparta beladen war, am 30. Juli 1988 trotzdem den türkischen Hafen Antalya und steuerte das Ziel Rotterdam an. Der Sondermüll kam nach Baden-Württemberg zurück, um dort in einer Müllverbrennungsanlage verbrannt zu werden. Die *Return-to-Sender*-Aktion im Kampf gegen den Export war zumindest für den Sondermüll der Firma Weber erfolgreich zu Ende gegangen. Die Kosten der Rückführung musste schlussendlich die Firma selbst tragen.[111]

Schlussbetrachtung: Ende des deutschen Müllkolonialismus?

Bei der erfolgreichen Rückholaktion des deutschen Giftmülls aus der Türkei wurde nur ein Einzelfall im Dunkelfeld des internationalen Handels mit Abfällen sichtbar. So berichtete Bernstorff von unzähligen Nachrichten über bevorstehende westdeutsche Müllexporte in die ganze Welt: Unter anderen waren das westdeutsche Planungen einer Giftmüllverbrennungsanlage in Saudi-Arabien, als Düngemittel getarnte Klärschlämme, die nach Spanien gebracht werden sollten, oder ein Hilferuf aus dem Königreich Tonga. »Wenn ein grüner Provinzberater schon solche haarsträubenden Sachen kriegt…«,[112] dann könne dies nur die Spitze des Eisbergs sein, urteilte er im Mai 1988. Als persönliche Konsequenz aus dieser Erfahrung schloss er sich der Umweltorganisation Greenpeace an und arbeitete dort in der *Global-Toxic-Trade-Campaign* an zahlreichen Giftmüll-Rückhol-Aktionen mit.[113]

Politisch gesehen brachten die Rückführaktion und die damit verbundenen öffentlichen Debatten die erwünschte Wirkung. Baden-Württemberg plante 1989 eine Erweiterung der Entsorgungskapazitäten von Sondermüll um weitere 100.000 Tonnen und schuf so Kapazitäten im eigenen Bundesland.[114] Die Bund-/Länderarbeitsgemeinschaft Abfall, die seit 1963 den ländereinheitlichen Vollzug des Abfallrechts in der Bundesrepublik sicherstellte, entschied, dass es keine Bewilligungen von Müllexporten in die sogenannte »Dritte Welt« mehr geben sollte.[115] Zwar wurde der Begriff

110 Giftchronik, taz, Nr. 2590, 22.8.1988, S. 3.

111 Giftmüll zurück zum Absender, taz, Nr. 2593, 25.8.1988, S. 2.

112 Andreas Bernstorff, Brief an Michael Braungart, 25.5.1988, AGG, B.IV., 1299.

113 Die Greenpeace-*Global-Toxic-Trade*-Kampagne führte ab August 1988 mehrere national geführte Kampagnen gegen den Müllexport zusammen, z.B. aus Italien, Kanada oder den USA, und man arbeitete auf einen internationalen Vertrag zur Eindämmung von Sondermüllexporten hin. Nach dem Fall der Mauer führte Greenpeace Deutschland die Rückholaktionen von Sondermüll, vor allem aus Osteuropa, fort. So wurde in den nächsten Jahren Sondermüll aus Ägypten, Albanien, Rumänien und Ungarn zurück nach Deutschland gebracht. Später arbeitete Bernstorff als Campaigner gegen die Externalisierung ganzer Industriezweige, wie beispielsweise gegen das Verschrotten von westlichen Schiffen in Indien, siehe: Deutscher Bundestag, Plenarprotokoll 12/216. 216. Sitzung. 10.3.1994, S. 18.716; Alexandra Rigos, Ein Toter pro Tag, Der Spiegel, Nr. 47, 15.11.1998, S. 232-236.

114 Baden-Württemberg Plans for 100,000 Tonnes of Additional Capacity, in: Haznews 20 (1989), S. 6, GP Int, 6003.

115 Bernstorff, Status Report, GP Int, 6003, Bl. 1.

»grundsätzlich«[116] später in die Entscheidung mit aufgenommen, trotzdem stellte sie einen ersten Schritt zu einer juristischen Veränderung des deutschen Abfallentsorgungsrechts dar. Von Baden-Württembergs Umweltminister Vetter hieß es, dass er 1989 den Export von chlorversetztem Sondermüll um 80 Prozent reduziert habe. Er rückte somit zumindest ein Stück weit von seiner einstigen Entsorgungsstrategie ab.[117] Die Kampagne und die mediale »bilaterale Eskalation des Themas«[118] waren somit letztlich erfolgreich und führten dazu, dass der Sondermüll aus der Türkei auf dem Neckar zurück nach Baden-Württemberg kam.

Der politische Widerstand gegen Müllexporte mündete 1989 in der Verabschiedung der Basler Konvention, welche seit ihrem Inkrafttreten am 5. Mai 1992 die grenzüberschreitende Verbringung gefährlicher Abfallstoffe verbieten sollte. Dadurch dass Umweltgruppen wie Greenpeace mit Regierungen von Ländern zusammenarbeiteten, die auch gegen den freien Handel mit Sondermüll waren, konnten effektive Allianzen gebildet werden.[119] Deutschland trat der Konvention, die bis heute weitere 188 Staaten unterzeichnet haben, im Jahr 1995 bei.[120] Mit der Verabschiedung der Konvention sollte »dem gezielten Risikotransfer aus reichen Staaten zu Lasten von Umwelt und Gesundheit in ärmeren Gebieten«[121] eigentlich ein Riegel vorgeschoben werden, dennoch konnten diese Ambitionen nicht umgesetzt werden und es existierten weiterhin viele Schlupflöcher, die einen Export ermöglichten.[122] Der generelle Export von Giftmüll wurde nämlich nicht verboten und der freie Handel nur eingeschränkt, so reichte eine vorherige Einverständniserklärung des zu beliefernden Landes für einen Export aus. Außerdem konnte Sondermüll zu einer recyclebaren Ware umdeklariert werden, sodass der Handel nicht unter die Basler Konvention fiel, wie man am Beispiel von Altautos, abgelaufenen Pestizidfässern oder Elektromüll sehen kann.[123] Auch am zeitgenössischen Beispiel von Plastikmüll[124] wird deutlich, dass es immer noch zum Ex-

---

116 Andreas Bernstorff, Der neue Müllkolonialismus. Abfallexporte der Industriestaaten, in: Wechselwirkung 52 (1991), S. 24-31, hier S. 29.

117 Baden-Württemberg Reducing Special Waste Export, in: Haznews 25 (1990), S. 9, GP Int, 6003.

118 Jonas Stuck, Interview Bernstorff, S. 2.

119 Jennifer Clapp, The Toxic Waste Trade with Less-Industrialised Countries. Economic Linkages and Political Alliances, in: Third World Quarterly 15 (1994) 3, S. 505-518, hier S. 510.

120 Parties to the Basel Convention on the Control of Transboundary Movements of Hazardous Wastes and their Disposal, https://www.basel.int/Countries/StatusofRatifications/PartiesSignatories/tabid/4499/(letzter Zugriff 29.10.2020).

121 Andreas Bernstorff, Exportverbot von Giftmüll soll rechtskräftig werden. UNEP-Konferenz wehrt Industrielobby ab, in: Die Friedens-Warte 70 (1995) 3/4, S. 250-259, hier S. 259.

122 Maximilian Feichtner/Jonas Stuck/Ayushi Dhawan/Christina Lennartz/Simone M. Müller, Waste Governance, in: dies. (Hg.), Toxic Relationships. Uncovering the Worlds of Hazardous Waste, in: Environment & Society Portal, Virtual Exhibitions (2021) 1, https://www.environmentandsociety.org/exhibitions/toxic-relationships (letzter Zugriff 19.5.2021).

123 Henning Wilts, Was passiert mit unserem Müll? Nationaler Müllkreislauf und internationale Müllökonomie, in: APuZ 68 (2018) 49/50, S. 9-16, hier S. 11f.; Müller, Externalities, S. 53f.

124 Michael Jedelhauser, Export von Plastikabfällen. Undurchsichtige Praxis mit ökologischen und sozialen Folgen, https://www.nabu.de/umwelt-und-ressourcen/abfall-und-recycling/26205.html (letzter Zugriff 29.11.2020); Gökçe Saraçoğlu, Why is UK Recycling Being Dumped by Turkish Roadsides?, bbc, 25.6.2020, 3.55 min., https://www.bbc.co.uk/news/av/uk-53181948 (letzter Zugriff 26.11.2020).

port von kontaminiertem und falsch deklariertem Müll in die Türkei kommt, der im Empfängerland nur noch schwer zu verwerten ist.[125] Zahlreiche aktuelle Beispiele aus allen Teilen der Welt zeigen: Trotz der Verabschiedung der Baseler Konvention und anderen Anstrengungen erfolgte keine »konsequente Schließung aller Grenzen der ärmeren Welt für den Müll der Reichen«.[126]

Die *Return-to-Sender*-Kampagne gegen den deutschen Müllkolonialismus in der Türkei hat der westdeutschen Umweltbewegung der späten 1980er und frühen 1990er Jahre ungelöste Spannungen[127] aufgezeigt und sie mit den globalen Folgen ihrer lokalen Proteste konfrontiert. Dadurch konnte eine systemische Kritik entstehen, deren Forderung sich von *Not in My Backyard* zu *Not in Anybody's Backyard* wandelte. Obwohl es sich bei der Rückholaktion im Vergleich zu dem westdeutschen Müllexport in die DDR um sehr wenige Tonnen Sondermüll handelte, war die Kampagne sehr effektiv. Insofern war die Rückführung von Sondermüll ein Wegbereiter für die Verhandlungen zur Basler Konvention, die nach ihrer Verabschiedung die Forderungen der Empfängerländer wirksam unterstrich.

Jonas Stuck *ist Umwelthistoriker am Rachel Carson Center for Environment and Society (LMU München) und ein Teil der DFG Emmy Noether-Gruppe »Hazardous Travels. Ghost Acres and the Global Waste Economy.« Er schreibt seine Doktorarbeit über den deutsch-deutschen Handel mit Sondermüll während des Kalten Kriegs.*
E-Mail: jonas.stuck@lmu.de

125 Sedat Gündogdu/Tony R. Walker, Why Turkey should not import plastic waste pollution from developed countries?, in: Marine Pollution Bulletin 171 (2021) 112772, S. 1-4, hier S. 3.

126 Bernstorff, Ächtung, S. 65.

127 Frank Uekötter, The Greenest Nation? A New History of German Environmentalism, Cambridge, MA 2014, S. 102.